

Zivil-militärische Zusammenarbeit an der Universität Trier



AstA
allg. Studierendenausschuss

Von Peer Heinelt

Einladung zum Vortrag

I.

Der Fachbereich VI (Raum- und Umweltwissenschaften) kooperiert mit der Universität der Bundeswehr München auf dem Gebiet „Physische Geographie“ und mit dem Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr im Bereich „Umweltmeteorologie“.

II.

Die Althistoriker (Fachbereich III) kooperieren mit der Wehrtechnischen Dienststelle 41 der Bundeswehr, die für die Erprobung von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen zuständig ist. Am 24.10.2013 gab die Universität Trier folgendes bekannt:



„Wissenschaftler wollen in diesen Tagen auf dem Flugplatz Föhren bei Trier den Geheimnissen der überlegenen römischen Militärmaschinerie auf die Spur kommen. In den vergangenen Jahren haben sie an drei Standorten römische Feldgeschütze detailgetreu nachgebaut. In dieser Woche testen Forscher und Techniker die vier Kriegsgeräte auf dem Flugplatzgelände und erheben mithilfe neuester Messtechnik unterschiedliche Daten. (...) Das von der Wehrtechnischen Dienststelle 41 der Bundeswehr in Trier zur Verfügung gestellte Flugplatzareal bietet den Wissenschaftlern hervorragende Versuchsbedingungen. Gemessen werden unterschiedliche Parameter wie Zielgenauigkeit, Reichweite, Schussfolge oder Durchschlagskraft. Die Historiker hoffen, aus den Ergebnissen präzisere Aussagen über den Fortschritt der römischen Militärtechnik, den Einsatz und die Leistungsfähigkeit der Geräte und somit auch über Schlachtenverläufe ableiten zu können.“

Offenbar ohne dies zu problematisieren, geben die Althistoriker den deutschen Streitkräften die Möglichkeit, sich öffentlich als Förderer der Wissenschaften zu präsentieren und auf diese Weise Imagepflege zu betreiben. Die Zusammenarbeit mit dem Militär erscheint als etwas Normales und Alltägliches.

III.

Das am Fachbereich V (Rechtswissenschaft) angesiedelte Institut für Deutsches und Europäisches Strafprozessrecht und Polizeirecht (ISP) bekennt sich offen zur Aufhebung des verfassungsrechtlich kodifizierten Trennungsgebots zwischen Polizei, Militär und Geheimdiensten sowie zur militärpolitischen Doktrin der „vernetzten Sicherheit“. In einer Selbstdarstellung heißt es:

„Im Dezember 2008 wurde das Institut für Deutsches und Europäisches Strafprozessrecht und Polizeirecht (ISP) als wissenschaftliche Einrichtung der Universität Trier unter der Verantwortung des Fachbereichs Rechtswissenschaft gegründet. (...) Seine Arbeit folgt der Überzeugung, dass man im Bereich der sog. Inneren Sicherheit Disziplinen wie das Strafrecht, das Polizeirecht oder auch das Nachrichtendienstrecht im Informations- und Globalisierungszeitalter nicht mehr sinnvoll isoliert voneinander betreiben kann. Sie ist insoweit angeregt durch die immer weiter voranschreitende Zusammenführung der strafprozessualen Verfolgung von begangenen Straftaten und der präventivpolizeilichen Verhinderung von Kriminalität ... Die Tätigkeit des ISP stellt darüber hinaus eine logische Reaktion auf das Zusammenwachsen von strafprozessualen und präventivpolizeilichen Datenbeständen in einheitlichen Informationssystemen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Nachrichtendiensten in Deutschland und Europa sowie auf den

zunehmenden Datenaustausch zwischen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden dar.“

IV.

Der „Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen“ (BSH), der akademische Ableger des Reservistenverbandes, unterhält an der Universität Trier eine Hochschulgruppe und rekrutiert Mitglieder. In einer [Selbstdarstellung](#) heißt es:

„Wie die übrigen Hochschulgruppen im BSH sehen wir unsere Aufgabe darin, den Dialog zwischen Bundeswehr und anderen sicherheitspolitischen Akteuren sowie der (akademischen) Gesellschaft zu fördern. Zum Zwecke des Wissenstransfers und des Erkenntnisgewinns organisieren wir Vorträge mit externen Referenten oder Mitgliedern der HSG, Exkursionen zu relevanten Orten und bieten die Möglichkeit einer Mitwirkung in unserer Gruppe jedem Interessierten an.“

Eine der [besagten Exkursionen](#) führte zur Wehrtechnischen Dienststelle 41.

Dieses Sachinfo wurde der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ vom Autor freundlicherweise für die [Web-Dokumentation](#) zur Verfügung gestellt. Dr. Peer Heinelt ist Politikwissenschaftler und Redakteur des Online-Nachrichtenportals [german-foreign-policy.com](#). Er lebt in Frankfurt am Main und arbeitet als freier Autor.

Auf den Vortrag bezogene Zusatz-Informationen, die für eine Nachlese von Bedeutung sein könnten.

von Dietrich Schulze

V.

Im Juli 2013 wettete Oliver Daum an der Uni Trier in Legal Tribune Online gegen die Zivilklausel unter dem Titel [„Wissenschaftsfreiheit sieht anders aus“](#). Er scheute nicht davor zurück, für seinen friedenspolitischen Etikettenschwindel das Bild einer Friedentaube zu verwenden. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht der Universität Trier (Prof. Dr. Alexander Proelß).

VI.

Autor Peer Heinelt hatte bereits im Mai 2011 auf Einladung des AStA der Uni Trier einen Vortrag zur gleichen Thematik gehalten. Im Mittelpunkt stand damals der Politologe und Juniorprofessor der Uni Trier, Martin Wagener. Dazu hatte das Online-Nachrichtenportal [german-foreign-policy.com](#) unter Bezug auf [Wageners Leserbrief](#) vom Dezember 2009 an die FAZ einen Beitrag mit dem Titel [„Die Gesetze des Krieges“](#) veröffentlicht. Zitat:

„Ein mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik kooperierender Juniorprofessor der Universität Trier rechtfertigt öffentlich Massaker deutscher Truppen an afghanischen Zivilisten. "Kollateralschäden", erklärt der Politologe Martin Wagener, "gehören gerade in asymmetrischen Auseinandersetzungen leider dazu". ... In Seminararbeiten, die unter seiner Anleitung entstanden, wird eine tiefgreifende Änderung der deutschen Verfassung gefordert: Mit dem Grundgesetz hätten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs Deutschland militärpolitische „Fesseln“ angelegt.“

Diese Aufklärungsarbeit hatte Konsequenzen. Im Oktober 2012 verließ der Herr Junior-Professor

die Uni Trier und trat eine Professur für Politikwissenschaft/Internationale Politik an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl/München an. Da wird auch die Tätigkeit der Studierendenvertretung – wie gleich zu zeigen sein wird - nicht völlig unschuldig gewesen sein.

VII.

Im Januar 2012 veröffentlichte der AStA der Uni Trier eine [Presse-Mitteilung](#) (Bild screenshot), die nachfolgend im vollen Wortlaut wiedergegeben wird.

Die Uni ist kein Platz für Kriegspropaganda!

Anlässlich des für den 25. Januar geplanten Vortrags "Krieg in Afghanistan: Ein Erfahrungsbericht aus den Kampfeinsätzen der Bundeswehr" wendet sich der AStA der Karl-Marx-Universität Trier entschieden gegen die zunehmende Präsenz militaristischer Inhalte an unserer Universität.

Der Vortrag zweier Majore der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr über ihre Erfahrungen im Afghanistankrieg am 25. Januar ist hier nur das aktuellste Beispiel. Er ist Teil einer Entwicklung, Kriege als legitimes Mittel deutscher Politik darzustellen und nur noch in Bezug auf die Effektivität ihrer Durchführung zu untersuchen. So wollen die beiden Majore in ihrem Vortrag die „Stärken und Schwächen“ des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan herausarbeiten – die Frage nach dem Sinn des ganzen Unternehmens wird gar nicht erst gestellt.



Veranstaltet wird der Vortrag von Junior Professor Martin Wagener (Politikwissenschaft), dem zivil-militärischen Thinktank Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien und dem Reservistenverband der Bundeswehr/Landesgruppe Rheinland-Pfalz. Mit den mindestens militär-affinen Inhalten von Forschung und Lehre Martin Wageners hat sich der AStA bereits im Sommersemester 2011 in einer Veranstaltung zur Militarisierung der Hochschulen auseinandergesetzt. Zuletzt fiel er mit dem Versuch auf, dem aufgrund seiner untragbaren sexistischen und militaristischen Ansichten ausgeladenen Militärhistoriker Martin van Crefeld in einem seiner Seminare ein Forum zu bieten. Auch der Reservistenverband ist bereits mehrfach mit Vorträgen an der Universität öffentlich aufgetreten. In diesen Chor der Kriegspropaganda reiht sich seit neuestem auch eine studentische „Hochschulgruppe für Außen und Sicherheitspolitik“ ein, die ebenfalls schon einen Frontkämpfer zum Anekdotenerzählen an die Universität geladen und sich laut Satzung den verstärkten zivil-militärischen Diskurs und das Bekenntnis zur Notwendigkeit von Streitkräften und der Verteidigung „unserer“ Werte auf die Fahne geschrieben hat.

Für den AStA kann die Propagierung von Krieg als Mittel zur Durchsetzung so genannter deutscher Interessen (zu denen laut Weißbuch der Bundeswehr z.B. freier Zugang zu Ressourcen und Handelswegen gehören) kein gleichberechtigter Teil des wissenschaftlichen Diskurses sein. Wir fordern eine Selbstverpflichtung der Universität, nach der Forschung und Lehre ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken zu dienen haben.